

Stadtverwaltung · Postfach 10 11 40 · 51311 Leverkusen

Bundesministerium für Verkehr und
digitale Infrastruktur
Herrn Bundesminister Alexander Dobrindt
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Fachbereich	Büro Baudezernat
oder Dienststelle	Koordinierungsstelle Autobahnausbau
Dienstgebäude	Hauptstr. 101
Sachbearbeitung	Herr Salecker
Tel. 02 14/406-0	
Durchwahl 406	88 59
Telefax 406	88 52
Ihr Zeichen/vom	
Mein Zeichen	60-sal
Tag	23.05.2017

Resolution des Rates der Stadt Leverkusen Keine Rastanlage in Leverkusen!

Sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,

der Rat der Stadt Leverkusen hat in seiner Sitzung am 22. Mai 2017 einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Der Rat der Stadt Leverkusen fordert das Bundesverkehrsministerium und Straßen.NRW mit allem Nachdruck auf, Planungen für eine unbewirtschaftete Rastanlage (PWC-Anlage) auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen einzustellen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dies mit aller Deutlichkeit gegenüber den Planungsbehörden zu vertreten.

Bereits im Dezember 2011 hatte sich der Rat entschieden gegen eine Raststätte im Bereich Lützenkirchen/Steinbüchel ausgesprochen. Damals waren die gigantischen Aus- und Umbauabsichten im Bereich A 1, A 3 und Rheinbrücke dem Rat und den Leverkusener Bürgerinnen und Bürgern noch nicht bekannt. Jetzt, wo klar ist, welche zusätzlichen verkehrlichen Belastungen aufgrund dieser Baumaßnahmen auf unsere Stadt zukommen, ist es für uns erst recht nicht nachvollziehbar, dass mit Lützenkirchen/Steinbüchel und Alkenrath erneut zwei Flächen in Leverkusen als Standorte für eine Rastanlage in Betracht gezogen werden. Wir haben kein Verständnis, dass eine weitere Großbaustelle die Lebensqualität in unserer Stadt zusätzlich einschränken soll. Wir sind nicht bereit, noch mehr Flächen unseres ohnehin knapp bemessenen Stadtgebietes dem Ausbau der überörtlichen Verkehrsinfrastruktur zu opfern. Wir können nicht hinnehmen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dicht besiedelter Leverkusener Stadtteile zusätzlichen Immissionen besonders durch ankommende und abfahrende LKWs dauerhaft ausgesetzt werden.

Leverkusen trägt heute schon wie kaum eine andere Kommune in Deutschland zum überörtlichen Verkehr bei: 3 Autobahnen und Eisenbahnlinien zerschneiden mit ihren Trassen das Stadtgebiet, Einflugschneisen für den Flughafen und die Rheinschifffahrt sind ebenfalls Belastungsfaktoren. In diesem Zusammenhang weisen wir

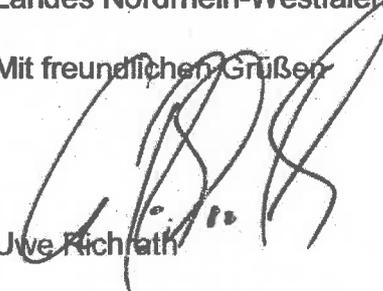
auf die an Straßen.NRW gerichtete Stellungnahme der Stadt Leverkusen vom Januar 2012 hin. In ihr wurden die negativen Auswirkungen einer Rastanlage auf die menschliche Gesundheit sowie auf die Belange des Natur-, Landschafts-, Gewässer- und Klimaschutzes ausführlich dargelegt. Resümee: Eine derart dicht besiedelte Stadt wie Leverkusen, in der der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche knapp 60 % beträgt und die permanent unter einem „Lärmteppich“ liegt, benötigt Erholungsräume, nicht aber eine weitere Flächen fressende Emissionsquelle.

In Anbetracht der Gefahr, dass sich Leverkusen zu einer einzigen Großbaustelle entwickelt, fällt unser Protest entsprechend scharf und unmissverständlich aus. Wir wissen, dass diese Haltung der Stimmungslage der Menschen in unserer Stadt entspricht, deren Leidensbereitschaft nicht grenzenlos ist. Wir werden uns der Planung und Einrichtung einer Rastanlage widersetzen und – falls nötig – auch rechtliche Schritte einleiten.“

Angesichts der einstimmig beschlossenen Resolution und der dargelegten Gesamtbelastung der Stadt Leverkusen erwarte ich eine entsprechende Einflussnahme auf die Standortsuche der Rastanlage und eine Entscheidung für einen Standort außerhalb des Stadtgebietes Leverkusen.

Der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen erhält ein gleichlautendes Schreiben. Das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen erhält eine Kopie des Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Richrath